

# Wahlprüfstein DIE LINKE

---

**BUND Kreisgruppe Bottrop**  
**c/o Klaus Lange**  
**Ruhehorst 33**  
**46244 Bottrop**

## DIE LINKE zum Umwelt- und Naturschutz

---

**1.** Die Klimakrise ist da – 2016 war das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Zugleich verpflichtete sich auch Deutschland im Pariser Klimaabkommen, die Erderwärmung möglichst auf maximal 1,5 Grad zu begrenzen. Um das zu erreichen fordert der BUND: • Ein Klimaschutzgesetz muss die Treibhausgase in allen Bereichen drastisch reduzieren. • Das Ende der Kohleverstromung muss deutlich vor 2030 umgesetzt sein. • Die Stromerzeugung muss spätestens 2040 vollständig auf erneuerbaren Energien basieren. • Die Wende zu nachhaltiger Mobilität muss sofort beginnen; bis 2030 sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Verkehr um mindestens 40 Prozent zu senken. Konkret für unsere Stadt Bottrop fragen wir:

**Welche Maßnahmen halten Sie in Ihrem Wahlkreis für vordringlich? Wieso werden immer wieder Bäume unnötig gefällt, die bekanntermassen insbesondere das Stadtklima positiv beeinflussen? Welche Maßnahmen sehen Sie als notwendig an, unsere Bäume zu schützen?**

Wir setzen uns für ein Klimaschutzgesetz ein, in dem folgende nationale Minderungsziele für den Treibhausgasausstoß im Vergleich zu 1990 verbindlich verankert sind: -40 Prozent bis 2020, -60 Prozent bis 2030, -95 Prozent bis 2050. Zur Umsetzung dieser Klimaziele fordern wir u.a. ein Kohleausstiegsgesetz, dass schon ab dem Jahr 2018 die Abschaltung der ersten Kohlekraftwerke vorsieht – nur so ist das Klimaschutzziel für 2020 zu erreichen. Spätestens 2035 muss der letzte Meiler vom Netz gehen. Bestandteil des Kohleausstiegsgesetzes ist ein Verbot für den Neubau von Kohlekraftwerken und den Neuaufschluss von Braunkohletagebauen. Der Strukturwandel in den Tagebauregionen darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten erfolgen – daher fordert DIE LINKE einen Strukturwandelfonds in Höhe von jährlich mindestens 250 Millionen Euro für die soziale Absicherung der im Bergbauarbeitenden und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Bislang ist die Energiewende in erster Linie eine Stromwende. In den kommenden Jahren wollen wir den Einstieg in die Verkehrswende vorantreiben. Dafür wollen wir u.a. die Steuerprivilegien für den Luftverkehr und den Diesel abbauen und gleichzeitig den öffentlichen Nahverkehr ausbauen. Wir unterstützen zudem den Vorschlag des Bundesrates, ab 2030 nur noch Pkw ohne CO<sub>2</sub>-Emissionen zuzulassen.

Grüne Infrastruktur hat wichtige Funktionen für den Erhalt von Biodiversität und für den Klimaschutz. Insbesondere in der Stadt, auch in Bottrop, hat sie außerdem eine soziale Komponente. Denn oft sind sozial marginalisierte Quartiere gleichzeitig von überdurchschnittlich hohen Umweltbelastungen betroffen und haben nur unzureichenden Zugang zu öffentlichen Grünflächen. DIE LINKE setzt sich daher für die Förderung von Stadtgrün in Bottrop ein. Die Bedeutung von Stadtgrün für den Natur- und Klimaschutz, aber auch für städtische Lebensqualität muss stärker im Mittelpunkt der Stadtentwicklungspolitik stehen. Stadtgrün ist für uns auch Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Deswegen müssen die Kommunen für den Erhalt, die Pflege und die Neuschaffung städtischer Grün- und Freiflächen angemessen ausgestattet werden, mit Wissen, städtebaulichen Instrumenten, und nicht zuletzt mit finanziellen Ressourcen.

**2.** Das gleiche gilt für die Versiegelung von Grünflächen: Obwohl unsere Stadtpolitiker Lippenbekenntnisse abgeben Flächen zu entsiegeln, steigt auch in unserer Stadt der Anteil der versiegelten Fläche. Jüngstes Beispiel: die geplante Bebauung der Wiese am Freitagshof.

**Welche Maßnahmen planen Sie, um die Entsiegelung der Flächen zu steigern?**

DIE LINKE unterstützt das Ziel in der Bundesregierung, den Flächenverbrauch bis 2030 auf unter 30 Hektar zu reduzieren und ebenso das in der Nachhaltigkeitsstrategie 2016 formulierte Bestreben, den Flächenverbrauch bis 2050 im Sinne einer Flächenkreislaufwirtschaft auf null zu senken. Neuversiegelungen sollen nur genehmigt werden, wenn sie verpflichtend mit einer Entsiegelung in der Region einhergehen. „Innen- vor Außenentwicklung“ muss verbindliches Handeln in Bottrop werden und auch entsprechend (bundesweit) gesetzlich verankert werden. Dafür kämpfen wir.

**3.** Ein weiteres Problemfeld zeigt sich in der Umwandlung von Brachflächen zu Gewerbeflächen wie konkret der geplante Mega Garagenpark nahe dem Hauptbahnhof. Eine lebensfeindliche, graue Riesenfläche zeigt sich.

**Warum gibt es keine Auflagen der Stadt, mit Dach- oder Fassadenbegrünung wenigstens etwas Stadtgrün zu erhalten?**

Wir wollen die Revitalisierung von Brachflächen und Flächenrecycling fördern. Die Nutzung kommunaler Ökokonten für Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen ist hierbei in Verbindung mit Regelungen zur Entsiegelung bei „notwendiger“ Versiegelung eine sinnvolle Einrichtung. Naturschutzrechtliche Kompensationsmaßnahmen sollen aus linker Sicht so eingesetzt werden ohne dabei neue (Acker-)Flächen in Anspruch zu nehmen oder funktionierende naturnahe Ökosysteme umzukrempeln.

---

**4.** Die Nutztierhaltung muss von Grund auf umgebaut werden. Vor allem ist die Anzahl der Tiere an die vorhandene Fläche anzupassen. Der BUND fordert: • Die Haltungsform der Nutztiere muss klar und eindeutig gekennzeichnet werden. Auch Produkte von Tieren, die gentechnisch verändertes Futter im Trog hatten, müssen entsprechend kenntlich gemacht werden. • Der Bau weiterer Ställe ist gesetzlich zu begrenzen. Auch in unserer Stadt gibt es immer mehr Massentierhaltungen.

**Wie ist Ihre Position dazu? Welche Maßnahmen werden Sie dagegen stellen?**

DIE LINKE lehnt Agro-Gentechnik seit langem ab. Wir wollen die Aussaat und den Anbau genetisch veränderter Pflanzen in Deutschland sowie deren Handel verbieten. Bis zu einem vollständigen Verbot setzt sich DIE LINKE für umfassende und verbraucherfreundliche Kennzeichnungspflichten ein. Dazu gehört selbstverständlich auch, dass Produkte von Tieren, die mit gentechnisch verändertem Futter gefüttert wurden, gekennzeichnet werden müssen. Die Kennzeichnungspflicht – auch bei verarbeiteten Lebensmitteln – sollte auch die Haltungsformen umfassen.

DIE LINKE setzt sich konsequent für eine flächengebundene und tiergerechte Nutztierhaltung mit Bestandsobergrenzen am Standort und in der Region ein. Förderpolitik und gesetzliche Regelungen müssen entsprechend geändert werden, um das Tierwohl zu sichern, aber auch gut qualifiziertes und gut bezahltes Betreuungspersonal. Die betrieblichen Kontrollen müssen durch ausreichendes Personal in den Veterinärämtern gesichert werden. Durch eine integrierte tierärztliche Bestandsbetreuung sollen präventive Maßnahmen ausgebaut und der Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung spürbar reduziert werden.

---

**5.** Die Weltwirtschaft lebt über ihre Verhältnisse. Das geplante Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA sowie das CETA-Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada sind nicht geeignet, einen fairen Welthandel zu fördern, der auf ökologischen und sozialen Grundsätzen basiert. Deshalb fordert der BUND: • Der existierende CETA-Vertrag darf nicht ratifiziert werden. • Das Vorhaben, eine Investitionsschutz-Paralleljustiz für internationale Konzerne zu errichten, muss aufgegeben werden.

**Welche Position haben Sie?**

Wir stimmen vollkommen zu. DIE LINKE fordert einen fairen Welthandel mit eindeutigen und einklagbaren sozialen und ökologischen Standards. Mit Bezug auf aktuell diskutierte Handels- und Investitionsverträge (TTIP, CETA, JEFTA, TISA) müssen aus Sicht der LINKEN folgende Eckpunkte gelten: keine Geheimverhandlungen; volle Beteiligung der Zivilgesellschaft; keine Klageprivilegien für Investoren; wirksame Regeln gegen Lohn-, Sozial- und Umweltdumping; strikte Regulierung der Finanzbranche; hohe Qualitätsstandards für Konsumgüter und Dienstleistungen; Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung; klare Regeln beim Datenschutz. Handelsabkommen, die solchen Kriterien nicht gerecht werden, setzen wir gemeinsam mit hunderten Menschen unseren Widerstand entgegen. Ebenso widersetzt sich DIE LINKE den einseitigen Freihandelsabkommen der EU mit Entwicklungs- und Schwellenländern. Wir brauchen einen gerechten Welthandel und eine neue Weltwirtschaftsordnung.